

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig bei einer Stimmenthaltung, der Stellungnahme der Verwaltung folgend, der Rahmenvereinbarung des Landes Rheinland-Pfalz zur Übernahme der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge zu den jetzigen Bedingungen nicht beizutreten.

Sollten sich die festgelegten Verwaltungskosten in der Rahmenvereinbarung reduzieren, wird die Verwaltung beauftragt, die Vor- und Nachteile der Gesundheitskarte für die Stadtverwaltung Koblenz erneut zu prüfen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Sollte in der Stadt Trier die Gesundheitskarte eingeführt werden, wird die Verwaltung die damit verbundenen kostenmäßigen Folgen überprüfen und nach einem Jahr den Stadtrat unterrichten, wie die gelebten Erfahrungen dort tatsächlich sind.